

Ausschnitt aus der Rheinzeitung, Ausgabe Dewried  
vom 19.05.16, S. 13

# Stadt braucht noch weitere 700 Kita-Plätze

## Ausbau Stadtrat diskutiert heute den Bedarfsplan

Von unserem Redakteur Ulf Steffenfauseweh

■ **Neuwied.** Ziel erreicht und doch deutlich verfehlt: Durch das große Kita-Ausbauprogramm der vergangenen Jahre in der Stadt Neuwied ist zwar die angestrebte Betreuungquote von 35 Prozent der unter Dreijährigen erreicht worden, doch hat man festgestellt, dass das offenbar deutlich zu unambitioniert war. In der aktuellen Fortschreibung des Bedarfsplans werden dazu jetzt konkrete Zahlen genannt: Danach müssen noch satte 700 Plätze geschaffen werden: 250 weitere U3-Plätze und 450 für die größeren Kinder.

Besonders betroffen sind die Innenstadt und Heddesdorf, wo circa 70 Prozent der Kinder bis zu sechs Jahren einen Migrationshintergrund haben. Laut Bericht sollte

die Verwaltung beauftragt werden, „schnellstmöglich“ Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, um negativen Folgewirkungen wie mangeldem Spracherwerb und schlechter Schulvorbereitung vorzubeugen zu können.

Weiter heißt es, dass hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Zahl der Ganztagesplätze ausgebaut und die Öffnungszeiten verlängert werden müssen. Auf ein mögliches Betreuungsg-

problem für Schulkinder – zu wenig Ganztagesstätten und Hortplätze – sei hingewiesen worden, und es bedürfe einer intensiveren Untersuchung.

Wenn das Thema heute im Stadtrat aufgerufen wird, dann soll laut Beschlussvorlage bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen werden. Die größte Einzelmaßnahme ist dabei der geplante Neubau einer Kita in Niederbieber mit 145 Plätzen in sie-

ben Gruppen. Die Finanzierung soll über das „Kommunale Investitionsprogramm 3.0“ erfolgen (die RZ berichtete), weshalb aber erst 2019 mit einer Fertigstellung zu rechnen ist. Kurzfristig im laufenden Jahr sollen 100 bis 110 Plätze geschaffen werden.

Insgesamt sollen folgende Maßnahmen jetzt auf den Weg gebracht werden:

■ Die evangelische Kindertagesstätte der Brüdergemeine soll um

eine Gruppe mit 15 Plätzen erweitert werden.

■ Die provisorisch betriebene Krippegruppe mit zehn U3-Plätzen in der Kita St. Michael Feldkirchen soll in einen dauerhaften Betrieb überführt werden

■ Die als Übergangslösung hergerichteten Räume in der früheren Rommersdorf-Hauptschule sollen weiter für 75 Kinder ab drei Jahren bis Schuleintritt genutzt werden.

■ Die Planungen zur Erweiterung der AWO-Kita „Am Schlosspark“ um zwei bis drei Gruppen sollen aufgenommen werden. Entsprechendes Gelände steht zur Verfügung.

Darüber hinaus wird ein Antrag der Waldorfschule auf Errichtung einer dritten Kita-Gruppe (vergrößerter Wiederaufbau nach dem Brand) derzeit geprüft. Bei der Kita der Lebenshilfe in Engers werden zehn zusätzliche Ganztagesplätze für Kinder ohne Beeinträchtigung zur Verfügung stehen, weil eine heilpädagogische Gruppe in eine integrative umgewandelt wird.

## Stadtrat tagt heute um 17.30 Uhr öffentlich

Die Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung ist nur ein Thema, wenn der Neuwieder Stadtrat am heutigen Donnerstag um 17.30 Uhr in der Stadthalle Heimathaus zu seiner nächsten Sitzung zusammenkommt. Auf der Tagesordnung des öffentlichen Teils stehen insgesamt 17 Punkte.

Unter anderem geht es um „kommunale Handlungsfelder und Grundsätze in der Flüchtlingsarbeit der Stadt Neuwied“ sowie vier Bebauungspläne, die aufgestellt oder geändert werden sollen: „In der Sohl“, „Auf Kettgert“, „Herrnhuter Viertel“ und „Bereich der Firma Lidl in der Sayner Straße“.

Weitere Themen sind das Einzelhandelsgutachten Heimbach-Weis, die rechtliche Widmung der Saarstraße in Niederbieber und die Außerdienststellung von Wirtschaftswegen in Niederbieber. Diskutiert wird auch über einen Antrag der Grünen zum Thema „Teilhaber der Stadt Neuwied an der Fairtrade-

Kampagne“ und einen CDU-Antrag zur Aufnahme der Bahnstrecke in das Prüfverfahren der DB Netz AG und des Deutschen Bahnkunden-Verbands. Außerdem hat die AfD eine Anfrage zum Bahnübergang in der Engenser Landstraße gestellt. Die Partei sieht in der manuell bedienbaren Schranke eine Gefahrenquelle.

Kampagne“ und einen CDU-Antrag zur Aufnahme der Bahnstrecke in das Prüfverfahren der DB Netz AG und des Deutschen Bahnkunden-Verbands.

Außerdem hat die AfD eine Anfrage zum Bahnübergang in der Engenser Landstraße gestellt. Die Partei sieht in der manuell bedienbaren Schranke eine Gefahrenquelle.